

## Beratungsergebnis zu Vorlage Nr. 20/036/2012

### Ausschuss für Schule und Kultur am 15.11.2012

<b>Zu Punkt 10: Haushalt 2013</b>
-----------------------------------

#### Verfahren der Haushaltsberatungen

Der Vorsitzende ruft die in den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Schule und Kultur fallenden Produkte auf. Die Anträge und Anfragen der Fraktionen stehen bei den jeweiligen Produkten zur Beratung und Beschlussfassung an. Nach abschließender Aussprache schließt sich die Gesamtabstimmung über den Haushalt als Empfehlung für den Kreisausschuss und Kreistag an.

#### Gesamtabstimmung über die Produkte

Die in die Zuständigkeit des Ausschusses für Schule und Kultur fallenden Produkte 01.14.01 (Lehrpersonal-, Schüler- und Schulrechtsangelegenheiten) und 03.01.03 (Adam-Josef-Cüppers-Berufskolleg, Ratingen) werden mehrheitlich bei Gegenstimme der Fraktion DIE LINKE. angenommen. Die Produkte 03.02.02 (Schule am Thekbusch, Förderschule für Geistige Entwicklung Velbert), 03.02.03 (Schule an der Virneburg, Förderschule für Geistige Entwicklung Langenfeld), 03.03.01 (Schülerbeförderung) und 04.01.02 (Archiv) werden einstimmig bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE. angenommen. Das Produkt 03.01.04 (Berufskolleg Niederberg, Velbert) wird einstimmig bei Enthaltungen der Fraktionen von SPD und UWG-ME angenommen. Das Produkt 04.01.01 (Kulturelle Projekte und Vereinigungen) wird mehrheitlich bei Gegenstimmen der SPD-Fraktion und Enthaltungen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Die übrigen Produkte 03.01.01 (Berufskolleg Hilden), 03.01.02 (Berufskolleg Neandertal, Mettmann), 03.02.01 (Helen-Keller-Schule, Förderschule für geistige Entwicklung Ratingen), 03.02.04 (Schule am Peckhaus, Förderschule für Sprache Mettmann), 03.02.05 (Leo-Lionni-Schule, Förderschule für Sprache Monheim am Rhein), 03.02.06 (Schule im UFO, Förderschule für emotionale und soziale Entwicklung Velbert), 03.02.07 (Paul-Maar-Schule, Förderschule für emotionale und soziale Entwicklung Hilden), 03.03.02 (Bildungsberatung, Schulentwicklung), 03.03.03 (Medienzentrum), 06.01.01 (regionales Bildungsnetzwerk/ Übergang Schule-Beruf/ Schulsozialarbeit) und 17.01.01 (Neanderthal-Museum) werden einstimmig angenommen.

---

#### Produktbereich 03 (Schulträgeraufgaben)

##### Produkte 03.01.01 – 03.05.01

##### Produkt 03.01.02

#### Antrag der Verwaltung (Ziffer 1 der Tischvorlage)

Seite 570, Zeile 14 im Ergebnisplan

Seite 572, Zeile 26 im Finanzplan

Beträge in €	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
<b>Planansatz (alt)</b>	136.500	120.000	100.400	85.200	431.900	81.900	81.900	81.900
<b>Ansatz (neu)</b>	147.000	402.000	112.400	97.200	451.900	581.900	81.900	81.900
<b>Differenz</b>	10.500	282.000	12.000	12.000	20.000	500.000	0	0

Bereits vor einigen Jahren hat der Kreis Mettmann am Berufskolleg Neandertal eine PCB-Belastung festgestellt, die eine mittelfristige Beseitigungspflicht zur Folge hat. In 2010 wurden erneut, im Zuge von Fenstererneuerungen, im Gebäude B PCB-belastete Fugen festgestellt. Aus diesem Grund

wurden in 2011 Raumlufmessungen in verschiedenen Räumen im Gebäude vorgenommen und diese nach einzelnen Pilotsanierungsphasen wiederholt. Die Belastungswerte lagen im mittleren Bereich für eine mittelfristige Beseitigungspflicht.

Durch die Pilotsanierungen wurden die Quellen der Raumlufverunreinigung aufgespürt und das Ausmaß des Sanierungsumfanges festgestellt. Derzeit finden die Abstimmungsgespräche aller Beteiligten statt, damit möglichst im laufenden Schulbetrieb eine abschnittsweise Sanierung durchgeführt werden kann. Dies ist mit der Zielsetzung verbunden, die Kosten für eine Interimslösung durch eine zeitweise Anmietung von Ersatzschulräumen zu minimieren. Die Umsetzung der Sanierung ist ab Sommer 2013 geplant und wird voraussichtlich bis 2014 andauern.

Nach der PCB-Richtlinie ist bei Raumlufkonzentrationen zwischen 300 und 3.000ng/m<sup>3</sup> Raumluf die Quelle der Raumlufverunreinigung aufzuspüren und unter Beachtung der Verhältnismäßigkeit mittelfristig zu beseitigen. Zwischenzeitlich ist durch regelmäßiges Lüften, sowie gründliche Reinigung und Entstaubung der Räume eine Verminderung der PCB Konzentration anzustreben.

Durch die angestrebte Vorgehensweise werden aus Sicht der Verwaltung die Anforderungen der PCB-Richtlinie, unter Beachtung der Verhältnismäßigkeit, gewahrt.

Auf Grund der Tatsache, dass gemäß dem Ergebnis der Pilotsanierung das Mobiliar deutlich zur PCB-Raumlufbelastung beiträgt, sollen auf Anraten des Gutachters alle Gegenstände, die älter als 5 Jahre sind, entsorgt und durch neue ersetzt werden. Eine erste Kalkulation des Wertes der betroffenen Gegenstände durch einen Fachmann hat einen Betrag von rd. 520.000 € ergeben.

Für das Jahr 2013 beantragt die Verwaltung demnach 20.000 € und für das Jahr 2014 500.000 € im investiven Bereich (og. Finanzplan, Zeile 26) für den Ersatz von PCB-belasteten Gegenständen im Berufskolleg Neandertal zu veranschlagen. Die Höhe dieser Summe bzw. die Verteilung auf investive und konsumtive Sachkonten wird ggfs. im Rahmen der Haushaltsplanung 2014 noch einmal angepasst, da es sich hierbei um den Höchstbetrag handelt, der sich je nach Verlauf der Sanierungsarbeiten noch verringern kann.

Der geplante Abschreibungsaufwand für das Berufskolleg Neandertal erhöhe sich ebenfalls entsprechend (og. Ergebnisplan, Zeile 14). Insbesondere im Jahr 2014 erfolgt eine Steigerung, da es sich nach heutiger Schätzung bei einem Großteil der Einrichtungsgegenstände um geringwertige Wirtschaftsgüter handelt, die im Jahr ihrer Anschaffung mit ihrem vollen Wert abgeschrieben werden.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

---

### **Produktbereich 03 (Schulträgeraufgaben)**

#### **Produkte 03.01.01 – 03.05.01**

#### Produkt 03.01.04

#### **Antrag der Verwaltung (Ziffer 2 der Tischvorlage)**

Seite 586, Zeile 14 im Ergebnisplan

Seite 588, Zeile 26 im Finanzplan

<b>Beträge in €</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>
<b>Planansatz (alt)</b>	55.100	93.950	97.700	95.500	126.250	392.050	82.050	82.050
<b>Ansatz (neu)</b>	51.100	58.950	97.700	95.500	86.250	82.050	432.050	82.050
<b>Differenz</b>	-4.000	-35.000	0	0	-40.000	-310.000	350.000	0

Der Kreistag hat am 20.12.2010 im Rahmen der Verabschiedung des Haushaltes 2011/2012 die Mittel für den Neubau der Mensa am Berufskolleg Niederberg für die Haushaltsjahre 2013 und 2014 zur Verfügung gestellt.

Die Mensa soll auf der Basis des bereits für das Berufskolleg Neandertal durch einen Fachplaner erstellten Konzeptes errichtet werden, was zum Einen den Bau inkl. Einrichtung, zum Anderen aber

auch die Zubereitungssystematik der Speisen und die Betriebsführung der Mensa durch einen Caterer angeht.

Der Bau der Mensa am Berufskolleg Neandertal erfolgt derzeit. Des Weiteren ist die Vergabe der Leistung „Betriebsführung der Mensa“ an einen Caterer in der Ausführung.

Die Verwaltung beabsichtigt, die Errichtung der Mensa am Berufskolleg Niederberg um ein Jahr zu verschieben. Eine Abstimmung mit der Schule erfolgt.

Grund hierfür ist, dass bei einer Umsetzung der Planung gemäß den bisherigen Veranschlagungen im Haushaltsplan mit der Errichtung der Mensa am Berufskolleg Niederberg und auch der Vergabe der Betriebsführung begonnen werden müsste, bevor der Bau am Berufskolleg Neandertal fertiggestellt und in Betrieb genommen ist. Dementsprechend können Erfahrungen, die im Rahmen der Errichtung der ersten Mensa gemacht werden, keine Berücksichtigung bei der Planung sowie Vergabeverfahren für die Mensa am Berufskolleg Niederberg finden. Dies erscheint jedoch insbesondere im Bereich der Betriebsführung sinnvoll, da der Kreis Mettmann bei der Vergabe zwar durch den og. Fachplaner beraten wurde, dieser Leistungsgegenstand mit den hohen gestellten Anforderungen jedoch beim Kreis erstmalig vergeben wurde.

Seitens des Liegenschaftsamtes wird zur Verschiebung der Mittel für die bauliche Maßnahme ein gleichlautender Veränderungsantrag gestellt.

Eine Verschiebung der Errichtung der Mensa führt zum Einen zur Veränderung der Ansätze im investiven Bereich (og. Finanzplan, Zeile 26) als auch zur Anpassung des Abschreibungsaufwandes im Ergebnisplan, Zeile 14. Die Mittel für die Errichtung der Mensa werden entgegen der ursprünglichen Veranschlagung im Haushaltsplan komplett in einem Jahr benötigt und daher in diesem Veränderungsantrag nicht mehr auf zwei Jahre aufgeteilt.

Frau Haase erläutert, dass man sich darüber im Klaren sei, der Schule einiges abzuverlangen. Die Problematik sei mit der Schulleitung besprochen worden. Sie bittet darum, zunächst Erfahrungen mit dem Bau und der Einrichtung der Mensa am Berufskolleg Neandertal zu sammeln, um daraus zu lernen und erst dann die Einrichtung am Berufskolleg Niederberg zu beginnen. Der Vorschlag resultiere nicht aus arbeitstechnischen Problemen. Man habe jedoch die Komplexität unterschätzt. Sie erinnert zu dem daran, dass es Wunsch des Ausschusses war, ein besonderes ernährungsphysiologisches Konzept zu Grunde zu legen, was die Auswahl des Caterers sehr einschränke.

KA Rohde äußert seine Enttäuschung angesichts der vorgeschlagenen Verschiebung. Die Einrichtung der Mensa am Berufskolleg Niederberg habe Priorität.

SB Schulze Neuhoff, KA Gödde und KA Koester sprechen sich ebenfalls gegen eine Verschiebung aus. Gesunde Ernährung und Lernen hingen untrennbar zusammen. Eine nochmalige Verschiebung würde bei den Schülern auf Unverständnis stoßen.

KA Köster-Flashar vertritt die Auffassung, man solle die Einrichtung parallel angehen und so Erfahrungen sammeln. Dies trage mit zur Qualitätsbildung bei.

KA Janssen spricht sich angesichts der seitens der Verwaltung geäußerten Bedenken dafür aus, den Antrag in den Kreisausschuss zu verweisen. Bis dahin soll die Verwaltung die Konsequenzen der beiden möglichen Alternativen darstellen.

Der Vorsitzende unterbricht die Sitzung für eine Beratungspause von 17.44 Uhr bis 17.48 Uhr.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig abgelehnt bei 4 Enthaltungen der SPD-Fraktion und 1 Enthaltung der Fraktion UWG-ME**

Produkt 03.02.01

**Anfrage der Fraktion DIE LINKE.** (Ziffer 3 der Tischvorlage)  
Seite 594, Zeile 16 im Ergebnisplan

Frage:

In der Erläuterung wird darauf hingewiesen, dass ein Leasingvertrag abgeschlossen werden soll.

Beim Leasing eines Busses verteilen sich die Anschaffungskosten auf die Nutzungszeit, was bedeutet, dass keine hohen Anschaffungskosten in einer Summe aufzubringen sind. Dafür ist jedoch davon auszugehen, dass die laufenden Kosten erheblich höher sind als beim Kauf eines Fahrzeuges.

Die Fraktion DIE LINKE. bittet darum, diese beiden Varianten – Kauf eines entsprechenden Ersatzfahrzeuges (Anschaffungskosten sowie laufende Betriebskosten) und Leasing eines Fahrzeuges gegenüberzustellen, damit sich anhand dieser Aufstellung für die langfristig kostengünstigere Variante entschieden werden kann.

Antwort der Verwaltung:

Frau Haase erläutert, dass in der Kürze der Zeit eine Gegenüberstellung der Alternativen „Kauf“ und „Leasing“ nicht leistbar war. Ein ähnlicher Vergleich im Liegenschaftsamt habe zu dem Ergebnis geführt, dass der Kauf langfristig gesehen wirtschaftlicher sei. Man habe aus den politischen Gremien im Jahr 2005 jedoch den Auftrag bekommen, Fahrzeuge grundsätzlich zu leasen. Dem habe man seitens der Verwaltung in den letzten Jahren entsprochen.

Herr Breitsprecher stellt fest, dass es im Jahr 2005 durchaus wirtschaftlicher gewesen sei zu leasen, für das Haushaltsjahr 2013 sei dies jedoch der Kauf.

Die Ziffern 4 und 6 der Tischvorlage werden im Zusammenhang beraten.

**Antrag der Fraktion UWG-ME** (Ziffer 4 der Tischvorlage)  
Seite 594, Zeile 14/16 im Ergebnisplan  
Seite 596, Zeile 26 im Finanzplan

<b>Zeile 14: Beträge in €</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>
<b>Planansatz (alt)</b>	23.100	22.900	23.600	23.750				
<b>Ansatz (neu)</b>	29.100	28.900	29.600	29.750				
<b>Differenz</b>	6.000	6.000	6.000	6.000				

<b>Zeile 16: Beträge in €</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>
<b>Planansatz (alt)</b>	34.500	34.500	37.950	34.700	20.350	20.350	20.350	20.350
<b>Ansatz (neu)</b>	26.500	26.550	29.950	26.700	80.350	20.350	20.350	20.350
<b>Differenz</b>	8.000	8.000	8.000	8.000	60.000	0	0	0

Die Fraktion UWG-ME beantragt die Ansätze in Zeile 16 des Teilergebnisplanes für die Jahre 2013-2016 (und ff durchgehend) um die Kosten für die Leasingraten für das beabsichtigte Leasing von Schulbussen zu kürzen.

Beim Kauf sind Abschreibungskosten in Zeile 14 zu berücksichtigen.

Im Teilfinanzplan beantragt die Fraktion UWG-ME die Ansätze im Produkt in 2013 um 60.000,-- € zu erhöhen.

Anstelle des beabsichtigten Leasings von Schulbussen sollten diese gekauft werden, weil es nach Ansicht der Fraktion UWG-ME die wirtschaftlichere Variante sei. Bei den hier in Rede stehenden Schulbussen handelt es sich um behindertengerechte Fahrzeuge mit einer Spezialausstattung, die pro Stück rund 60 T € kosten.

Der Ausschuss spricht sich dafür aus, auch das eingeplante Fahrzeug für die Paul-Maar-Schule zu kaufen und nicht zu leasen und die Ansätze entsprechend anzupassen.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

Die Ziffern 5, 7 und 8 der Tischvorlage werden im Zusammenhang beraten.

**Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Ziffer 5 der Tischvorlage)**

Seite 594, Zeile 16 im Ergebnisplan

Seite 596, Zeile 15 im Finanzplan

Beträge in €	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Planansatz (alt)	34.500	34.550	37.950	34.700	34.500	34.550	37.950	34.700
Ansatz (neu)	49.500	54.550	57.950	54.700	49.500	54.550	57.950	54.700
Differenz	15.000	20.000	20.000	20.000	15.000	20.000	20.000	20.000

**Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Ziffer 7 der Tischvorlage)**

Seite 602, Zeile 16 im Ergebnisplan

Seite 604, Zeile 15 im Finanzplan

Beträge in €	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Planansatz (alt)	36.900	39.400	37.050	37.100	36.900	39.400	37.050	37.100
Ansatz (neu)	51.900	59.400	57.050	57.100	51.900	59.400	57.050	57.100
Differenz	15.000	20.000	20.000	20.000	15.000	20.000	20.000	20.000

**Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Ziffer 8 der Tischvorlage)**

Seite 610, Zeile 16 im Ergebnisplan

Seite 612, Zeile 15 im Finanzplan

Beträge in €	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Planansatz (alt)	29.900	29.950	33.900	30.050	29.900	29.950	33.900	30.050
Ansatz (neu)	44.900	49.950	53.900	50.050	44.900	49.950	53.900	50.050
Differenz	15.000	20.000	20.000	20.000	15.000	20.000	20.000	20.000

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt, die Verwaltung bis zu den Sommerferien 2013 mit der Entwicklung eines Konzepts für die Ferienbetreuung und Ausdehnung der Betreuungszeiten an Freitagnachmittagen an den Förderschulen für geistige Entwicklung des Kreises analog der OGS zu beauftragen.

Die bereits im vergangenen Jahr außerplanmäßig zur Verfügung gestellten Mittel in Höhe von 5.000 € können nach Auffassung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lediglich als Anschubfinanzierung betrachtet werden.

Die erneute Einstellung der gleichen Summe ohne konkrete Konzeption durch die Verwaltung führe zu einer individuellen Maßnahmensituation an den jeweiligen Schulen, was nicht im Interesse der betroffenen Eltern sein könne.

Es sollen, je nach Schule, unterschiedliche Konzepte entwickelt werden, die auch zu unterschiedlichen Kostenbeteiligungen von Eltern führen können.

Das Gleiche gelte für die Betreuungszeiträume in den Schulferien, als auch an Freitagnachmittagen.

Sowohl die durchgeführte Elternbefragung an einer der Förderschulen für geistige Entwicklung des Kreises, wie auch die Erfahrungen aus dem letzten Sommer 2012 zeigten, dass die Eltern eine Betreuung in Anlehnung an die OGS wünschen.

Eltern von Kindern, die eine Förderschule für geistige Entwicklung besuchen, müssten in gleicher Weise einer Erwerbstätigkeit nachgehen können und Entlastung in den Ferienzeiten in Anspruch nehmen können, wie dies anderen Eltern möglich ist.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt daher die Mittelfreigabe in Höhe von 15.000 € für 2013 und 20.000 € für die Folgejahre sowie eine Konzepterstellung durch die Verwaltung in Zusammenarbeit mit den betroffenen Schulleitungen und Elternvertretungen bis zu Beginn der Sommerferien 2013.

KA Köster-Flashar erläutert den Antrag ihrer Fraktion und vertritt die Auffassung, dass die Schüler und Eltern in Förderschulen denen anderer Schulen gleichgestellt sein sollten.

KA Rohde stellt fest, dass seine Fraktion dem Antrag inhaltlich zustimmt, spricht sich jedoch bis zur Fertigstellung des Konzeptes für die Einrichtung eines Sperrvermerkes, sowie die Reduzierung des Ansatzes auf 10.000 € aus.

Frau Haase teilt mit, dass die Verwaltung fachlich und personell nicht in der Lage ist, das gewünschte Konzept zu entwickeln. Sie weist darauf hin, dass die Bereitstellung eines individuellen Fahrdienstes nicht möglich sein wird. Die Lebenshilfe sei derzeit dabei, ein Konzept für eine Betreuung durch dafür qualifiziertes Personal der (teils schwerstmehrfach-behinderten) Kinder zu erstellen und dafür Mittel aus der Betreuungshilfe nach SGB IX sowie Zuschüsse zu erwirken.

Angesichts der Tatsache, dass ein Sperrvermerk nur durch den Kreisausschuss aufgehoben werden kann, nimmt der Ausschuss für Schule und Kultur von dieser Idee Abstand, reduziert den im Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN genannten Betrag jedoch auf 10.000 €. Diese Änderung beziehe sich auch auf die inhaltlich gleichen Anträge unter Ziffer 7 und 8 der Tischvorlage in anderen Produkten.

**Die so geänderten Anträge werden einstimmig angenommen.**

---

### **Produktbereich 03 (Schulträgeraufgaben)**

#### **Produkte 03.01.01 – 03.05.01**

#### Produkt 03.02.02

#### **Antrag der Fraktion UWG-ME (Ziffer 6 der Tischvorlage)**

Seite 602, Zeile 14/16 im Ergebnisplan

Seite 604, Zeile 26 im Finanzplan

<b>Zeile 14: Beträge in €</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>
<b>Planansatz (alt)</b>	11.150	12.650	14.000	14.700				
<b>Ansatz (neu)</b>	17.150	18.650	20.000	20.700				
<b>Differenz</b>	6.000	6.000	6.000	6.000				

<b>Zeile 16: Beträge in €</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>
<b>Planansatz (alt)</b>	36.900	39.400	37.050	37.100	20.250	20.250	20.250	20.250
<b>Ansatz (neu)</b>	28.900	31.400	29.050	29.100	80.250	20.250	20.250	20.250
<b>Differenz</b>	8.000	8.000	8.000	8.000	60.000	0	0	0

Die Fraktion UWG-ME beantragt die Ansätze in Zeile 16 des Teilergebnisplanes für die Jahre 2013-2016 (und ff durchgehend) um die Kosten für die Leasingraten für das beabsichtigte Leasing von Schulbussen zu kürzen.

Beim Kauf sind Abschreibungskosten in Zeile 14 zu berücksichtigen.

Im Teilfinanzplan sollen die Ansätze im Produkt in 2013 um 60.000,-- € erhöht werden.

Anstelle des beabsichtigten Leasings von Schulbussen sollten diese gekauft werden, weil es nach Auffassung der Fraktion UWG-ME die wirtschaftlichere Variante ist. Bei den hier in Rede stehenden Schulbussen handelt es sich um behindertengerechte Fahrzeuge mit einer Spezialausstattung, die pro Stück rund 60 T € kosten.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

---

### **Produktbereich 03 (Schulträgeraufgaben)**

#### **Produkte 03.01.01 – 03.05.01**

#### Produkt 03.03.02

#### **Anfrage der FDP-Fraktion (Ziffer 9 der Tischvorlage)**

Seite 658, Zeile 16 im Ergebnisplan

#### Frage:

- 1) Welche Gutachten zur Schulentwicklung wurden seit 2009 erstellt bzw. beauftragt?
- 2) Welche Kosten sind für die Gutachten jeweils angefallen?
- 3) Welche Gutachten zur Schulentwicklung sollen im Haushaltsjahr 2013 bzw. im Finanzplanungszeitraum bis 2016 zu welchem Zeitpunkt beauftragt bzw. erstellt werden?
- 4) Aus welchen Gründen sind die Gutachten jeweils erforderlich?
- 5) Welche Beträge sind für die einzelnen Gutachten jeweils in den jeweiligen Haushaltsjahren 2013 bis 2016 veranschlagt?

#### **Anfrage der Fraktion DIE LINKE. (Ziffer 10 der Tischvorlage)**

Seite 658, Zeile 16 im Ergebnisplan

#### Frage:

Welche Beträge werden eingesetzt für

- a) das Gutachten zur Umsetzung der Inklusion
- b) das Gutachten zur Inklusionsstruktur

der Förderschulen für Emotionale und soziale Entwicklung?

Herr Freund beantwortet die beiden Anfragen im Zusammenhang und stellt dar, welche Gutachten die Verwaltung bereits beauftragt hat bzw. beabsichtigt in Auftrag zu geben und mit welchen Auftragswerten sie rechnet. Er macht deutlich, dass nur in den Fällen Gutachter eingesetzt würden, in denen der erforderliche Sachverstand nicht in der Verwaltung vorgehalten werden könne. Wo man

eine externe Vergabe vermeiden kann, werde man dies tun. Eine detaillierte Auflistung der beauftragten und in Planung befindlichen Gutachten ist der Niederschrift als Anlage 4 beigelegt.

Nach kurzer Diskussion verständigt sich der Ausschuss darauf, über 50 % der eingeplanten Aufwendungen für Gutachter einen Sperrvermerk einzurichten.

Damit erübrigt sich der nachstehende Veränderungsantrag der CDU-Fraktion

**Antrag der Fraktion CDU-Fraktion** (Ziffer 11 der Tischvorlage)  
Seite 658, Zeile 16 im Ergebnisplan

<b>Beträge in €</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>
<b>Planansatz (alt)</b>	155.150	155.150	155.150	155.150				
<b>Ansatz (neu)</b>								
<b>Differenz</b>								

Vor dem Hintergrund, dass heute noch nicht absehbar ist, dass ein Ergänzungsgutachten zur Zukunftsplanung der Berufskollegs überhaupt notwendig ist, beantragt die CDU-Fraktion diese Mittel in Höhe von 30.000 € in 2013 zunächst zu sperren. Die CDU-Fraktion hofft im weiteren Verfahren auf ein konstruktives und konsensorientiertes Vorgehen, in dem sowohl die Vorstellungen der Verwaltung als auch die der Berufskollegs diskutiert werden, so dass am Ende eine solide Basis für eine Entscheidung der Politik vorliegt.

Die CDU-Fraktion zieht diesen Antrag daher zurück.

**Der Antrag, bei den Produkten 01.14.01, 03.03.02 und 06.01.01 jeweils 50% der Gesamtaufwendungen für die Beauftragung von Gutachtern zu sperren, wird einstimmig angenommen.**

---

**Produktbereich 03 (Schulträgeraufgaben)**  
**Produkte 03.01.01 – 03.05.01**

Produkt 03.03.03

**Antrag der FDP-Fraktion** (Ziffer 12 der Tischvorlage)

Die FDP-Fraktion beantragt die Verwaltung zu beauftragen, zeitnah die derzeitigen Funktionen des Medienzentrums sowie dessen Nutzung darzustellen.

Die Nutzung von Medien habe sich durch das Internet stark verändert. Im Internet seien zu vielfältigsten Themen diverse Informationen abrufbar. Daher bedürfe es nach der Auffassung der FDP-Fraktion einer aktualisierten Darstellung der derzeitigen Funktionen des Medienzentrums und dessen Nutzung.

**Nachdem die Verwaltung zusichert, die Funktionen des Medienzentrums sowie dessen Nutzung dem Ausschuss in einer der nächsten Sitzungen darzustellen, zieht die FDP-Fraktion ihren Antrag zurück.**

---

**Produktbereich 04 (Kultur und Wissenschaft)**  
**Produkte 04.01.01 – 04.01.02**

Produkt 04.01.01

**Antrag der Verwaltung** (Ziffer 13 der Tischvorlage)  
Seite 690, Zeile 5 und 13 im Ergebnisplan

<b>Zeile 5: Beträge in €</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>
<b>Planansatz (alt)</b>	23.000	3.000	23.000	3.000				
<b>Ansatz (neu)</b>	27.000	7.000	27.000	7.000				
<b>Differenz</b>	4.000	4.000	4.000	4.000				

<b>Zeile 13: Beträge in €</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>
<b>Planansatz (alt)</b>	432.600	77.600	432.600	77.600				
<b>Ansatz (neu)</b>	429.600	74.600	429.600	74.600				
<b>Differenz</b>	-3.000	-3.000	-3.000	-3.000				

Der Ertrag in Höhe von 3.000 € soll künftig durch Sponsoring und Einnahmen aus Anzeigenwerbung um 4.000 € auf 7.000 € zu erhöhen. Die Aufwendungen für die Museumsnacht werden auf der Basis des Teilergebnisplans von 2011 und 2012 auf 17.000 € festgeschrieben. Somit reduziert sich der Zuschussbedarf für die Museumsnacht im neanderland auf 10.000 €.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen**

- 8 Ja-Stimmen CDU-Fraktion
- 4 Nein-Stimmen SPD-Fraktion
- 3 Ja-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- 2 Ja-Stimmen FDP-Fraktion
- 1 Ja-Stimme Fraktion UWG-ME
- 1 Ja-Stimme Fraktion DIE LINKE.

**Antrag der SDP-Fraktion** (Ziffer 14 der Tischvorlage)  
Seite 690, Zeile 13 im Ergebnisplan

<b>Beträge in €</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>
<b>Planansatz (alt)</b>	432.600	77.600	432.600	77.600				
<b>Ansatz (neu)</b>	462.600	87.600	442.600	87.600				
<b>Differenz</b>	30.000	10.000	10.000	10.000				

Die SPD-Fraktion stellt folgenden Antrag:

- 5.000 € (2013-2016) - Kreiskunstaussstellung. Die Kreiskunstaussstellung hat großen Zulauf und ist ein Imagefaktor und identitätsbildend für den Kreis.
- 5.000 € (2013-2016) - Kulturpreis. Begründung s.o.
- 20.000 € (2013) – Die Verwaltung soll gemeinsam mit Kulturschaffenden ein Konzept für die Kreiskultur fertigen. Kultur ist ein wichtiger, weicher Standortfaktor.

KA Janssen erläutert den Antrag seiner Fraktion.

KA Gödde hält den Antrag – mit Ausnahme der Bereitstellung von 20.000 € zur Konzepterstellung – für nachvollziehbar. Er schlägt anstelle der Konzepterstellung vor, eine Delegation von Kulturschaffenden in den Ausschuss für Schule und Kultur einzuladen und mit ihnen die Kulturarbeit zu diskutieren.

Auf Nachfrage von KA Dinkelmann bestätigt Frau Dr. Bußkamp die positive Besucherresonanz der diesjährigen Kreiskunstaussstellung. Eine Besucherstatistik ist der Niederschrift als Anlage 5 beigelegt.

SB Cebulla macht deutlich, dass eine Kreiskunstaussstellung aufgrund des damit verbundenen Verwaltungsaufwandes erst 2014 wieder stattfinden könnte und spricht sich für eine Diskussion zum

späteren Zeitpunkt aus. Der Kulturpreis passe – im Gegensatz zur Kreiskunstaussstellung – jedoch nicht in das beschlossene Konzept.

KA Janssen erinnert daran, dass nach Beschlusslage des Kreisausschusses und auf Antrag der CDU-Fraktion die Kreiskunstaussstellung nicht mehr stattfindet.

Nach kurzer weiterer Diskussion erfolgt die Abstimmung über den Veränderungsantrag der SPD-Fraktion.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich abgelehnt**  
8 Nein-Stimmen CDU-Fraktion  
4 Ja-Stimmen SPD-Fraktion  
3 Enthaltungen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
2 Nein-Stimmen FDP-Fraktion  
1 Nein-Stimme Fraktion UWG-ME  
1 Enthaltung Fraktion DIE LINKE.

**Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** (Ziffer 15 der Tischvorlage)  
Seite 690, Zeile 13 im Ergebnisplan

Beträge in €	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Planansatz (alt)	432.600	77.600	432.600	77.600				
Ansatz (neu)		86.000		86.000				
Differenz		8.400		8.400				

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt die Kreiskunstaussstellung weiterhin alle zwei Jahre stattfinden zu lassen.

Auf Beschluss des Kreisausschusses soll die Kreiskunstaussstellung zukünftig nicht mehr stattfinden. Jedoch erfreue sich gerade die Kreiskunstaussstellung nach Auffassung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowohl bei den teilnehmenden Künstlerinnen und Künstlern (2012 über 30) als auch beim Publikum großer Beliebtheit (2012, 380 Besucherinnen und Besucher allein bei der Eröffnung). Sie sei eine Veranstaltung, die sich positiv auf das Image des Kreises auswirke, Mehrwert für die Städte biete und nachhaltig für die jeweiligen Künstlerinnen und Künstler sei. Wenn diese Veranstaltung regelmäßig mit der Nacht der Museen verknüpft würde, könnten Einsparungen bei den Werbemaßnahmen vorgenommen werden. Gleichzeitig werde auch der Zuspruch für die Ausstellung wachsen. Der Einspareffekt bei Wegfall der Veranstaltung sei kaum messbar, die negativen Folgen (nach 23 erfolgreichen Ausstellungen) aber aus Sicht der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN extrem spürbar.

KA Gödde erläutert den Antrag seiner Fraktion. Er wünscht sich eine Erklärung zu Protokoll, dass der Ausschuss für Schule und Kultur die Durchführung der Kreiskunstaussstellung im Jahr 2014 wünscht.

SB Hagling meldet für die Fraktion UWG-ME Beratungsbedarf an.

SB Schulze Neuhoff und SB Cebulla signalisieren, im nächsten Jahr für 2014 eine wohlwollende Entscheidung für die Durchführung der Kreiskunstaussstellung treffen zu wollen.

**Daraufhin zieht die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Veränderungsantrag zurück.**

**Antrag der Verwaltung** (Ziffer 16 der Tischvorlage)  
Seite 690, Zeile 13 im Ergebnisplan

Beträge in €	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
<b>Planansatz (alt)</b>	432.600	77.600	432.600	77.600				
<b>Ansatz (neu)</b>	438.600	77.600	432.600	77.600				
<b>Differenz</b>	6.000	0	0	0				

Die Stadt Mettmann hat den Kreis im Oktober 2012 gebeten, die bereits wenige Tage nach der Aufstellung beschädigten Kunstwerke „Fossilien“ der Künstlerin Birgit Brebeck-Paul aus dem Goldberger Teich entfernen zu lassen. Die dreiteilige Arbeit wurde im Rahmen der EUROGA 2002plus als Teil des Kunstweges „Von Menschenhand“ im Jahr 2002 errichtet. Durch äußere Gewalteinwirkung wurden die massiven Kunstharzblöcke beschädigt. Die Arbeiten wurden zwar so gut wie möglich repariert, doch durch Witterungseinflüsse und Vogelexkreme haben sich weitere Risse gebildet.

Der Bergisch-Rheinische Wasserverband plant für eine Teich-Entschlammung im Frühjahr 2013 das Wasser ablaufen zu lassen, sodass der Abbau der Arbeiten dann ohne den Einsatz von Tauchern möglich wäre. Dennoch muss u.a. ein Kran und Fachpersonal eingesetzt werden. Daher beantragt die Verwaltung eine Erhöhung des Ansatzes für 2013 um 6.000 €

KA Janssen stellt fest, dass das Restkunstwerk keine Belastung für den Teich darstelle und bittet darum, es dort zu belassen.

Frau Haase erläutert nochmals, dass seitens der Stadt Mettmann der Wunsch an den Kreis herangetragen worden ist, das Kunstwerk zu entfernen. Nach der Einsetzung des Kunstwerkes im Rahmen der EUROGA. sei es jedoch bereits nach kurzer Zeit beschädigt und nur notdürftig repariert worden.

KA Klützke weist darauf hin, dass ein anderes Kunstwerk im Zuge der EUROGA im Abtskücher Teich errichtet war, welches ohne Mitwirkung des Kreises Mettmann wieder entfernt wurde.

Nach kurzer Diskussion erfolgt die Abstimmung über den Veränderungsantrag der Verwaltung.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig abgelehnt**

**Antrag der Fraktion DIE LINKE.** (Ziffer 17 der Tischvorlage)  
Seite 690, Zeile 15 im Ergebnisplan

Beträge in €	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
<b>Planansatz (alt)</b>	8.800							
<b>Ansatz (neu)</b>	18.800							
<b>Differenz</b>	10.000							

Die Kreistagsfraktion DIE LINKE. beantragt, das in der Planung befindliche Konzert gegen Rechts finanziell zu unterstützen.

Im Kampf gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus seien gute Projektideen gefragt. Lesungen, interkulturelle Abende, Street-Art Projekte oder ein Konzert gegen Ausgrenzung – jede Idee zähle und jedes Projekt sei ein wertvoller Beitrag, um der Vielfalt, der Kreativität und dem Engagement für ein gleichberechtigtes Miteinander im Kreis Mettmann Ausdruck zu verleihen.

Das Bündnis, welches am 09.11.2012 die friedlich verlaufende Demonstration in Mettmann mit dem Titel „Die Erinnerung zur Mahnung“ ins Leben gerufen hat, beabsichtige im Zuge der internationalen

Wochen gegen Rassismus, die in der Zeit vom 11. bis 24. März 2013 stattfinden, ein Konzert gegen Rechts in Mettmann zu organisieren.

Dies ist nach Auffassung der Fraktion DIE LINKE. für Politik und Gesellschaft nicht nur eine Gelegenheit sich an den Aktionswochen zu beteiligen und Zeichen gegen Rassismus zu setzen, sondern sollte auch finanzielle Unterstützung seitens des Kreises Mettmann finden.

Im Frühjahr dieses Jahres haben in über 300 Städten und Gemeinden im Rahmen der Kampagne über 1.250 Veranstaltungen stattgefunden, die sich mit Rassismus und Diskriminierung in unserer Gesellschaft beschäftigten und für Weltoffenheit und Toleranz geworben haben. Mit der Bereitstellung finanzieller Mittel würde man dazu beitragen, dass auch der Kreis Mettmann im kommenden Jahr zu den Orten zähle, die deutliche Zeichen setzen und sich gemeinsam engagieren.

KA Koester erläutert den Antrag seiner Fraktion. Veranstalter dieses Events sei die Mettmanner Initiative für Toleranz und Zivilcourage. Angestrebt sei ein Rock- und Blueskonzert für 1.000 Besucher oder mehr.

KA Gödde bewertet den Antrag positiv und schlägt eine Verquickung mit dem Bandcontest vor.

Frau Haase weist auf noch offene Fragen hin und macht darauf aufmerksam, dass bei einer Veranstaltung solcher Größe großer Wert auf das Sicherheitskonzept gelegt werden müsse. Sie macht deutlich, dass die Verwaltung kein Rockkonzert ausrichten könne.

KA Koester unterstreicht, dass nicht der Kreis das Konzert ausrichten soll.

KA Janssen begrüßt für die SPD-Fraktion die Initiative. Seiner Auffassung nach sollten alle demokratischen Parteien bei „Aktionen gegen Rechts“ zusammenstehen und der Kreis einen signifikanten Beitrag leisten. Dies müsse natürlich konzeptionell abgestimmt sein.

KA Schulze Neuhoff bezweifelt die Zuständigkeit des Kreises Mettmann und sieht eher die Stadt Mettmann in der Verantwortung.

KA Tondorf sieht Schwierigkeiten in der Abgrenzung zu anderen Aktionen. Man komme schnell in die Bredouille zu entscheiden, welche Projekte unterstützt werden und welche nicht. In diesem Zusammenhang erinnert er an die in Velbert stattfindenden Aktionen gegen Rechts.

KA Köster-Flashar sieht die Verantwortung des Kreises gegeben, da sich die Stadt Mettmann zum zentralen Treffpunkt der Rechten Szene mit überregionalem Einzugsbereich entwickelt habe. Es handele sich um ein gesellschaftliches Problem, das alle angehe.

KA Gödde bittet darum, den Schwerpunkt kulturpolitisch zu setzen und Aktionen zu fördern, die dem kulturellen Gedanken Rechnung tragen.

Nach kurzer weiterer Diskussion erfolgt die Abstimmung über den Veränderungsantrag der Fraktion DIE LINKE.

**Abstimmungsergebnis:**

- mehrheitlich abgelehnt**
- 7 Nein-Stimmen CDU-Fraktion
- 1 Enthaltung CDU-Fraktion
- 3 Ja-Stimmen SPD-Fraktion
- 2 Ja-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- 1 Nein-Stimme FDP-Fraktion
- 1 Enthaltung FDP-Fraktion
- 1 Enthaltung Fraktion UWG-ME
- 1 Ja-Stimme Fraktion DIE LINKE.

---

**Produktbereich 06 (Kinder-, Jugend- und Familienhilfe)**  
**Produkte 06.01.01 – 06.02.01**

Produkt neu

**Antrag der FDP-Fraktion** (Ziffer 18 der Tischvorlage)

Die FDP-Fraktion beantragt im Produktbereich 06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe ein neues Produkt Schulsozialarbeit einzuführen.

Aus Gründen der Klarheit und Transparenz sollen das Regionale Bildungsnetzwerk und der Übergang Schule und Beruf einerseits und die Schulsozialarbeit andererseits jeweils als gesonderte Produkte abgebildet werden.

Herr Breitsprecher weist darauf hin, dass bei der Umstellung auf das NKF vereinbart wurde, die Anzahl der Produkte so gering wie möglich zu halten. Für die Schulsozialarbeit lohne sich die Einrichtung eines eigenständiges Produktes aufgrund des geringen Finanzvolumens und der Tatsache, dass es sich hauptsächlich um Landesmittel handele, nicht.

**Nachdem die Verwaltung zusichert, im Haushaltsplan und der Bewirtschaftung die Bemerkungen mittels Projektkennzahlen so zu verfassen, dass die Herkunft und Verwendung der Mittel eindeutig zuzuordnen ist, zieht die FDP-Fraktion den Veränderungsantrag zurück.**

**GESAMTABSTIMMUNG**

Der Ausschuss für Schule und Kultur nimmt den vorliegenden Haushaltsentwurf für das Haushaltsjahr 2013 – soweit er in seinen Zuständigkeitsbereich fällt – zur Kenntnis und empfiehlt dem Kreisausschuss, dem Entwurf mit den beratenen Änderungen zuzustimmen und an den Kreistag zur Beschlussfassung weiterzuleiten.

**Abstimmungsergebnis:**                    **mehrheitlich angenommen**  
8 Ja-Stimmen CDU-Fraktion  
2 Nein-Stimmen SPD-Fraktion  
2 Nein-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
2 Ja-Stimmen FDP-Fraktion  
1 Ja-Stimme Fraktion UWG-ME  
1 Nein-Stimme Fraktion DIE LINKE.